Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 24 (1932)

Heft: 8

Artikel: Notwendigkeit und Möglichkeit einer Planwirtschaft

Autor: Weber, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352566

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 8 August 1932 24. Jahrgang

Notwendigkeit und Möglichkeit einer Planwirtschaft.

Von Max Weber.

An der diesjährigen Jahresversammlung der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft in Winterthur wurde das Thema «Freie oder gebundene Wirtschaft» behandelt. Wir veröffentlichen hier das Referat, das Genosse Weber für eine planmässig geleitete, gebundene Wirtschaft gehalten hat, da wir glauben, es werde unsere Leser interessieren. (Red.)

Angesichts der knappen Zeit muss ich mich darauf beschränken, das zur Diskussion stehende Problem der freien und gebundenen Wirtschaft auf Grund der gegebenen historischen Situation zu beleuchten. Auch die ideologische Seite muss ich sozusagen ganz weglassen, damit ich mich der aktuellsten und dringendsten Frage widmen kann. Diese Frage wird gestellt durch die realen Tatsachen, die sich aus der gegenwärtigen Lage der Wirtschaft ergeben.

Gestatten Sie mir, nur ein paar Zahlen anzuführen zur Beleuchtung dieser Realitäten. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im vergangenen Winter in den wichtigsten Industriestaaten der Welt zwischen 25 und 30 Millionen. Der vom deutschen Institut für Konjunkturforschung berechnete Index der industriellen Weltproduktion stand im Dezember 1931 noch auf 80 (1928 = 100). Seit dem Höchststand von 1929 hat sich die Produktion der Weltwirtschaft um 30 Prozent vermindert. Ohne Russland soll der Rückgang der Weltproduktion sogar 38 Prozent betragen und damit den Stand von 1913 unterschritten haben. Ich weiss, dass gegenüber diesen Zahlen, die auf rohen Schätzungen basieren, eine gewisse Vorsicht am Platze ist. Allein wenn man die Lage der grossen Industriestaaten an Hand objektiver, zuverlässiger Zahlen näher betrachtet, so erkennt man, dass sie die Lage der Weltwirtschaft nicht zu schwarz darstellen. In Deutschland z. B. werden die indu-

striellen Anlagen nur noch zu etwa 40 Prozent ausgenutzt. Wenn man auf die Arbeiterstundenkapazität abstellt, war die Ausnutzung der Anlagen sogar nur noch ein Drittel. Eine Schätzung des Ausfalls, den die Krise in der Weltwirtschaft verursacht, ist schwer möglich. Vermutlich dürfte die Summe von 100 Milliarden Franken pro Jahr die untere Grenze darstellen.

Diese paar Zahlen werden genügen, um nachzuweisen, dass die Krise und ihre Ueberwindung das brennendste Wirtschaftsproblem der Gegenwart ist, und alle Kräfte der Wissenschaft sowohl wie der wirtschaftlichen Praxis sollten sich um seine Lösung bemühen. Das um so mehr, als ja die Krise, wie Sie wissen, nicht eine einmalige Erscheinung darstellt, sondern wir haben es in der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung mit periodisch wiederkehrenden Krisen zu tun, so dass auch dann, wenn die gegenwärtige Krise nach einigen Jahren schwerster Depression überwunden wird, mit später wiederkehrenden Krisen zu rechnen ist.

Ist es angesichts dieses wahnsinnigen Brachliegens wirtschaftlicher Kräfte überhaupt noch nötig, einzugehen auf die Ansicht, die Konjunkturbewegung sei unerlässlich um die Fortentwicklung der Wirtschaft zu sichern? Danach wäre die Krise gewissermassen der Preis, der für den technischen und allgemein wirtschaftlichen Fortschritt bezahlt werden müsste. « Im Aufschwung das Zuckerbrot des Gewinnes » erklärt Spiethoff, « in der Stockung die Peitsche der Not ». Das seien die wirkungsvollsten Triebkräfte der Entwicklung. Für die Anfänge der kapitalistischen Entwicklung könnte diese Theorie eine gewisse Berechtigung haben. Doch wer hätte den Mut, heute, bei einer Arbeitslosigkeit von 30 Millionen Menschen, zu erklären, dass ein Produktionsausfall von 30 bis 40 Prozent erforderlich sei, um die Wirtschaft vorwärts zu bringen? Der wirtschaftliche Fortschritt, wie gross er immer sein möge, wäre doch viel zu teuer erkauft, wenn die Wirtschaft alle Jahrzehnte wieder auf einen Stand zurückgeworfen würde, den sie mehrere Jahrzehnte vorher schon erreicht hatte. Ich glaube, Sie werden mit mir einig gehen, wenn ich erkläre, dass diese Theorie heute völlig unhaltbar ist, schon deshalb, weil ja die Krise mehr Schaden zu verursachen droht, als der letzte Aufschwung Vorteile gebracht hat, ganz abgesehen von den gewaltigen moralischen Schädigungen, den die Konjunkturbewegung zur Folge hat.

Die Frage, wie die Krisen zu beseitigen sind, kann nur behandelt werden im Zusammenhang mit der Erörterung der Krisenursachen. Nun ist es nicht meine Aufgabe, mich hier über die zahllosen Krisentheorien zu verbreiten. Das ist auch nicht nötig; denn es ist schon von Lederer konstatiert worden, dass alle Krisentheorien, wenigstens soweit sie endogene (d. h. aus dem Gebiet der Wirtschaft hervorgehende) Krisenursachen aufdecken, in irgend einer Form der Disproportionalität (Verhältnis-

losigkeit) in der wirtschaftlichen Entwicklung die Schuld zuschieben. Dabei denke ich nicht an eine bestimmte Disproportionalität, wie z. B. die Verschiebungen zwischen der Erzeugung von Produktions- und Konsumgütern, sondern es gibt unzählige Möglichkeiten der verhältnislosen Entwicklung des Kapitalismus. Auch Veränderungen im Geldumlauf oder in der Goldverteilung sind dazu zu rechnen, Faktoren, die man zwar heute weit überschätzt. Aber ob man den Störungsfaktor mehr auf monetärem Gebiet oder mehr in der Produktion sucht, ist hier nicht das Wesentliche, sondern dass man ihn in der Wirtschaft sucht. Die exogenen, die ausserwirtschaftlichen Krisenfaktoren, wie insbesondere die Einwirkungen von seiten des Staates, sind nicht die eigentlichen Krisenursachen, obschon sie krisenverschärfend wirken können; darüber dürften wohl in Fachkreisen keine grossen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Welches sind nun die Ursachen der Disproportionalität? Die wirtschaftliche Entwicklung führt im kapitalistischen System deshalb zu verhältnislosem Wachstum der einzelnen Teile der Wirtschaft, weil der Kapitalbesitzer bezw. der Unternehmer die freie Verfügungsgewalt besitzt über das Kapital, weil er frei entscheiden kann, ob produziert werden soll oder nicht, und in welchem Umfang (was ja in erster Linie vom erwarteten Gewinn abhängt), und weil der Unternehmer anderseits keine Uebersicht hat über die Gesamtproduktion. Er erkennt erst an der Ueberfüllung des Marktes und an der daraus folgenden Preissenkung, dass die Erzeugung nicht dem Bedarf entspricht.

In dieser Wirtschaft mit individueller Verfügung über die Kapitalverwendung führt jedes Wachstum der Gesamtproduktion zu Fehlanlagen, weil es planlos geschieht. Die Entwicklung des Kapitalismus kann also nicht anders als in fehlerhaftem Verhältnis vor sich gehen. Deshalb wird es unter seiner Herrschaft immer Krisen geben und jede neue Wirtschaftsstufe wird mit gewaltigen Opfern erkauft werden.

Die Disproportionalitäten und damit natürlich auch die Krisen werden (sofern die übrigen Faktoren gleich bleiben) immer schärfer, weil es immer länger dauert von der Auftragerteilung bis zur Fertigerstellung, denn die technische Entwicklung bringt eine ständige Verlängerung der Produktionsumwege.

Die letzte Etappe der kapitalistischen Entwicklung, die Entstehung des Effektenkapitalismus hat die Intensität der Krisen ebenfalls gewaltig gesteigert. Denn die weitgehende Effektenverschachtelung durch Kapitalanlage- und Holdinggesellschaften zwingt dazu, die börsenmässige Bewertung der Anlagen in allen Unternehmungen in die Bilanz einzusetzen. Dadurch werden diese Unternehmungen zum Spielball der Spekulation, wie das die gegenwärtige Kreditkrise besonders scharf zum Ausdruck bringt. Kapitalabschreibungen von 50 bis 90 Prozent sind keine Seltenheit und die Zusammenbrüche und Sanierungen häufen sich. Die kapital-

mässige Verflechtung führt übrigens schon in der Periode des Aufschwungs zu einer Aufblähung durch Ueberwertung, was nachher in der Baisse eine um so grössere Reaktion auslöst. So werden die Konjunkturbewegungen durch die Effektifizierung nach oben wie nach unten verschärft.

Durch all das ist die Krise tatsächlich zu einer Existenzfrage geworden für den Kapitalismus, einer Existenzfrage nicht in dem Sinn, dass, wie das vielfach angenommen wird, sein endgültiges Verschwinden im Verlaufe dieser Krise zu erwarten wäre. Allein die kapitalistische Wirtschaft wird sich nicht manche Krise von diesem Ausmass leisten können; denn schliesslich wird sich ein Wirtschaftssystem, das der Bevölkerung nicht einmal das bisherige Einkommen sichern kann und das infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Beziehungen die Unternehmungstätigkeit für Jahre sozusagen völlig lähmt, nicht auf die Dauer zu halten vermögen.

Die Krise ist übrigens nicht die einzige Verlustquelle der kapitalistischen Wirtschaft. Es wäre vor allem auch hinzuweisen auf die Erstarrung durch privatwirtschaftliche Bindungen (Kartelle), die den wirtschaftlichen Fortschritt unterbinden kann.

Wenn die Krise aus den Fehldispositionen der privaten Unternehmertätigkeit entsteht, oder mit andern Worten aus der Unfähigkeit der Privatwirtschaft, sich den eintretenden Strukturveränderungen anzupassen, so kann sie nur beseitigt werden durch ein Wirtschaftssystem, das die Entwicklung der Produktivkräfte planmässig leitet, d. h. eine Wirtschaft, in der der Einzelne nicht frei über die Produktionsmittel verfügen kann, sondern einer zentralen Kontrolle und Leitung untersteht.

Nun erhebt sich vorerst die Frage: Haben wir denn nicht heute schon in Eingriffen aller Art eine weitgehende Planwirtschaft? Wenn staatliche Einmischung und privatkapitalistische Bindungen mit Planwirtschaft gleichgesetzt werden dürften, dann hätten wir diese bereits in grossem Umfange. Diese Eingriffe dürfen jedoch nicht als planwirtschaftliche Methoden gewertet werden. Was die staatlichen Eingriffe anbetrifft, so sind sie ja zumeist lückenhafte Einzelmassnahmen, da von einer Spezialkommission vorberaten, dort von einer andern, von denen jede nur auf einem engbegrenzten Gebiet Kompetenzen hat. Was daraus entstehen kann, ist höchstens ein Flickwerk, mit dem man versucht, einige Löcher zu stopfen, das aber von einer planmässigen Beeinflussung der Gesamtwirtschaft weit entfernt ist. Selbst Kontingentierungen des Aussenhandels, Kompensationsverkehr, Devisenvorschriften sind nur sehr unvollkommene Planwirtschaft; denn sie beziehen sich nur auf den Aussenhandel. In allen diesen Fällen fehlt eine planmässige Zusammenfassung aller ökonomischen Kräfte. Dass die privaten Monopolorganisationen ebenfalls keine Planwirtschaft sind, werde ich nachher noch zeigen. Von liberaler

Seite wird ja oft eingewendet, gerade diese Eingriffe seien schuld an der Krise. Diese sei nur darauf zurückzuführen, dass das freie Spiel der Kräfte nicht richtig funktionieren könne. Ich glaube nicht, dass die Krise auf wirtschaftspolitische Massnahmen, seien es privatwirtschaftliche oder staatliche Eingriffe, als ihre letzten Ursachen zurückgeführt werden kann. Aber dass manche dieser Massnahmen krisen verschärfend wirken kann, dürfte kaum bestritten sein.

Von Planwirtschaft kann nur gesprochen werden bei zentraler Wirtschaftsführung, wenn insbesondere das Disponieren über die Produktionsmittel nicht Privatsache ist. Dass heute von Planwirtschaft die Rede ist, im Gegensatz zur « gebundenen» und zur «sozialisierten» Wirtschaft, hat seine guten Gründe. Bindungen der Wirtschaft kann es auch vereinzelt geben, ohne dass sie Teile einer gesamtwirtschaftlichen Planung sind. Und die sozialistische Wirtschaft verfolgt über die Planwirtschaft hinaus noch weitergehende Ziele, vor allem eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts und die Beseitigung der Abhängigkeit der Arbeiter. Während sozialistische Wirtschaft freilich planmässig organisiert ist, verträgt sich Planwirtschaft, wie ich nachher noch darlegen werde, unter Umständen auch mit kapitalistischer Wirtschaft.

Die Idee der Planwirtschaft entspringt ganz bestimmten geschichtlichen Verhältnissen. Es gibt keine Gründe für eine absolut gebundene Wirtschaft, so wenig es solche für eine absolut freie Wirtschaft gibt. Wirtschaft ist ja nicht Zweck, wenigstens sollte sie es nicht sein, sondern Mittel zur bestmöglichsten Deckung der menschlichen Bedürfnisse. Freilich müssen daneben noch andere als nur materielle Güter berücksichtigt werden, wie das Streben nach Freiheit, nach Persönlichkeitsentfaltung, nach Gerechtigkeit. Genau wie die beiden Pole individuelle Freiheit und soziale Beschränkung dieser Freiheit sich verbinden müssen, zu einer Synthese, die die Grenze nach den gegebenen Verhältnissen zieht, so müssen auch die Bindungen und Freiheiten im Wirtschaftsleben sich in jenem Gleichgewichtszustand zusammenfinden, der die bestmögliche Entwicklung der Gesellschaft in wirtschaftlicher wie geistiger Hinsicht gewährleistet, oder vielmehr es wird die Wirtschaft sich einem solchen Idealzustand zu nähern suchen.

Der Gedanke einer planmässig organisierten Wirtschaft war lange Zeit Utopie. Der marxistische Sozialismus hat die Utopie insofern überwunden, als er auf eine Schilderung der künftigen Wirtschaft verzichtete und sich mit der allgemeinen Verheissung begnügte, die dafür auf ein wissenschaftliches Fundament gestellt wurde. Es bleibt der heutigen Generation vorbehalten, die Brücke zu schlagen zur Wirklichkeit, weil ihr infolge der Entwicklung des Kapitalismus die Aufgabe gestellt ist, die Idee der organisierten Wirtschaft in die Praxis umzusetzen.

Immerhin ist die Planwirtschaft in der Praxis nicht mehr etwas ganz Neues. Die Wirtschaftsgeschichte kennt schon zwei Beispiele von Planwirtschaft grössten Stils, die Kriegswirtschaft und Sowjetrussland. Beide Beispiele bieten aber weder für noch wider die Planwirtschaft schlüssige Beweise; denn beide sind unter ganz abnormalen Verhältnissen in Angriff genommen worden. In der Kriegswirtschaft spielte die Rentabilität, die Wirtschaftlichkeit (soweit nicht der Rohstoffmangel dazu zwang) keine Rolle. Man brauchte Material um jeden Preis. Und das heutige Russland ist sozusagen eine Autarkie, in der ebenfalls das äussere Gelingen des Plans wichtiger ist als die Frage der Wirtschaftlichkeit. Zudem befindet sich dieses Experiment noch in den Anfängen, und es fehlt an zuverlässigen Angaben. Beide Beispiele fallen somit als Beweismittel nicht, wenigstens nicht vollgültig, in Betracht.

Unter diesen Umständen stehen wir vor der Frage, ob eine Diskussion über die Möglichkeit einer Planwirtschaft nicht eine blosse Glaubenssache ist, oder ob diese Frage Gegenstand einer wissenschaftlichen Erörterung sein kann. Einzelne Theoretiker der Planwirtschaft erklären, um dieses Problem diskutieren zu können, müsse man den Mut haben zur Utopie. Ich glaube, dass man gerade heute den Mut haben muss, auf die Utopie zu verzichten und manchen Fragen gegenüber ein ehrliches « ignoramus » (wir wissen es nicht) auszusprechen. Das schliesst aber nicht aus, dass die Möglichkeiten der Verwirklichung von wirtschaftspolitischen Zielen auf Grund gegebener Tatsachen ernsthaft geprüft werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der Wirtschaftsverbände, die ja unmittelbar berührt werden vom gegenwärtigen Zusammenbruch der Wirtschaft, und die — das gilt hauptsächlich von den Gewerkschaften — die katastrophalen Wirkungen in ihren Mitgliederkreisen erfahren müssen. Es kann und soll aber auch Aufgabe der Wissenschaft sein, die gegenwärtige Lage genau zu analysieren, die Tendenzen der künftigen Entwicklung aufzuzeigen und nach Möglichkeiten zu suchen, um aus dem Chaos herauszukommen und ähnliche Katastrophen in Zukunft zu verhindern.

Ich möchte zwei Arten von Planwirtschaft unterscheiden, die in grundsätzlicher Hinsicht streng voneinander geschieden werden müssen: Planwirtschaftliche Organisation im Kapitalismus und sozialistische oder gemeinwirtschaftliche Planwirtschaft. Die gemeinwirtschaftliche Organisation würde sich von der kapitalistischen hauptsächlich dadurch unterscheiden, dass die Produktionsgüter in der Regel nicht in privatem Besitz sind. Man kann sich allerdings fragen, ob eine Wirtschaft, die zentral geleitet wird, noch als kapitalistische zu bezeichnen ist. Doch ist das Prinzip der freien Konkurrenz schon heute so stark durchbrochen, dass der Sprung zur gesamtwirtschaftlichen Bindung nicht mehr so gross wäre.

Der Gedanke, dass die ungeheuren Verluste der Krise nur durch eine planmässige Leitung der Wirtschaft zu verhindern sind, hat in den letzten Jahren auch in kapitalistischen Wirtschaftskreisen stark an Boden gewonnen, wie zahlreiche Aeusserungen von Wirtschaftsführern im In- und Ausland dartun. Die Idee ist aber nicht erst in der gegenwärtigen Krise aufgeworfen worden. Ich möchte vor allem hinweisen auf die Vorschläge Walter Rathenaus, dessen Genialität leider viel zu wenig Anerkennung fand. Rathenau plante eine Organisation der Unternehmungen horizontal in Branchenverbänden und eine Zusammenfassung dieser Branchenverbände vertikal in Industrieverbänden. Diese Gebilde sollten staatlich anerkannt, mit Kompetenzen ausgestattet, aber auch kontrolliert werden, und durch sie sollte die gesamtwirtschaftliche Leitung vollzogen werden. Diese Gedanken wurden übernommen in den Projekten von Mœllendorf und Wissell. Sie gingen aber der Arbeiterschaft zu wenig weit, den Unternehmern dagegen waren sie schon zu radikal, so dass keine ernsthaften Versuche zu ihrer Verwirklichung unternommen wurden.

Nun hat ja die kapitalistische Wirtschaft selbst schon planwirtschaftliche Versuche unternommen, die sich allerdings auf bestimmte Industrien oder Industriebranchen beschränken. Ich denke an die Kartelle und Konzerne. Der Zweck dieser Organisationen ist die Sicherung eines hohen und stabilen Ertrages, was sie durch Ausschaltung der Konkurrenz zu erreichen suchen, daneben auch durch Stabilisierung der Produktion, rationelle Ausnützung und planmässigen Ausbau der Anlagen. Sie können das aber nur in sehr unvollkommenem Masse verwirklichen und sie haben vor allem dann versagt, wenn eine planwirtschaftliche Organisation am nötigsten gewesen wäre. In der Krise sind diese Gebilde bis auf wenig Ausnahmen zusammengebrochen. Das ist einmal darauf zurückzuführen, dass diese Organisationen meist nur lose gebunden sind. Auch das stärkste Kartell kann, soweit es nicht durch finanzielle Beteiligung zusammengenietet ist, sich nach einiger Zeit wieder auflösen. Im Hintergrund lauert daher ständig der Konkurrenzkampf, der ja selbst während der Zeit der Kartellbindungen hinter den Kulissen weiter geht. Schon dadurch wird ein planwirtschaftliches Vorgehen sehr erschwert. Noch viel gefährlicher ist aber der Umstand, dass Aussenseiter auftreten können, die den ganzen Produktionsplan über den Haufen werfen. Einen typischen Fall haben wir in der Schweiz erlebt. Trotzdem das schweizerische Zementsyndikat nur 60 Prozent seiner Produktionskapazität ausnützte, entstand ein neues Werk mit einem Kostenaufwand von 12 Millionen Franken als Aussenseiter. Nach gewaltigem Konkurrenzkampf wurde das Werk aufgekauft und stillgelegt. Die 12 Millionen sind volkswirtschaftlich vollständig verloren. Das ist zweifellos alles andere als Planwirtschaft.

Wenn also die Kartelle richtige Planwirtschaft treiben sollen, so müssen ihnen vom Staat gewisse Rechte zuerkannt werden: Organisationszwang oder Verbot der Errichtung neuer Betriebe. Dadurch würde aber ein Monopol errichtet, das für die Verbraucher und die gesamte Oeffentlichkeit ausserordentliche Gefahren birgt. Eine solche Monopolstellung wäre nur zu rechtfertigen bei weitgehendem Kontroll- und Mitspracherecht aller interessierten Kreise der Verbraucher, der Arbeiter wie der Allgemeinheit. Dann nähert sich diese Organisation aber stark der gemeinwirtschaftlichen Form der Planwirtschaft.

Eine kapitalistische Lösung der Planwirtschaft kann somit nur dann den gestzten Zweck, die Ausschaltung der Verlustquellen, erreichen, wenn eine weitgehende Beschränkung der Verfügungsgewalt über das Kapital stattfindet. Auch dann wird aber die Gefahr bestehen, dass das Profit- und Machtstreben der Privatunternehmungen die planwirtschaftlichen Bestrebungen durchkreuzt. Auch sind die Tendenzen zur Erstarrung in den bisherigen Wirtschaftsformen und Betriebsmethoden bei privatmonopolistischen Gebilden besonders gross. Es ist dann mit einer Unterbindung oder doch mit einer Hemmung des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts zu rechnen, so dass die Wirtschaft nicht mehr den Ertrag abwerfen würde, den sie zu leisten imstande ist.

Aus diesen Gründen scheint mir die Planwirtschaft auf gemeinschaftlicher Grundlage viel eher im allgemeinen Interesse der Volkswirtschaft zu liegen. Neben den erwähnten rein wirtschaftlichen Argumenten sprechen aber auch sozialpolitische und sozialethische Gründe für diese Lösung, die allein geeignet ist, die Forderungen auf Beseitigung der Ausbeutung und Herstellung einer gerechten sozialen Ordnung zu verwirklichen.

Wie schon erwähnt, kann es sich nicht um die Ausmalung eines utopischen Zukunftsgebildes handeln, sondern es ist vor allem wichtig, gewisse Grundsätze in bezug auf die Formen und das Funktionieren einer Planwirtschaft abzuklären.

Eine erste Frage heisst: Gesamtplanung oder Teilplanung. Es handelt sich zunächst um die Frage, ob ein Planwirtschaftssystem innerhalb kurzer Zeit errichtet werden kann, etwa durch eine umfassende Verfassungs- und Gesetzesrevision, wie man sich das häufig vorstellt. Wer die Wirtschaftsgeschichte aufmerksam verfolgt, der kommt zur Ueberzeugung, dass ein sprunghafter Uebergang zu einer ganz anderen Wirtschaftsverfassung nicht wahrscheinlich ist, weil es um Aenderungen in den Lebensgewohnheiten der Menschen geht, und die sind sehr konservativ, oft selbst bei denen, die sehr radikale Theorien vertreten.

Neuerdings ist das Problem noch in einer andern Form gestellt worden. Ausgehend einerseits vom dringenden Bedürfnis,

sofort etwa Grundlegendes zu tun zur Ueberwindung der Krise, und anderseits von der grossen Bedeutung, die dem Kreditwesen zugemessen wird, wird der Vorschlag gemacht, durch Kreditterleichterung oder, richtiger gesagt, durch eine inflatorische Bankpolitik die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Nun wird dem Kreditfaktor, nachdem man ihn lange vernachlässigt hat, heute m. E. eine viel zu grosse Bedeutung beigemessen. Aber einmal angenommen, es wäre möglich, im gewünschten Sinne auf die Wirtschaft einzuwirken, würden dadurch die falschen Grössenverhältnisse zwischen den einzelnen Teilen der Wirtschaft korrigiert? Jedenfalls nicht durch diese Massnahme allein und auf keinen Fall würde für die Zukunft die Gefahr der Disproportionalität vermieden. Ein planwirtschaftliches Einwirken mit Hilfe der Kreditpolitik kann nicht erfolgen durch eine blosse quantitative Regelung des Kreditvolumens. Sie müsste ausgebaut werden zu einer qualitativen Kreditkontrolle. Dann haben wir aber ein planwirtschaftliches Eingreifen in die Produktion, das auf anderem Wege sicherer erzielt werden kann.

Von der Umstellung, welche die Errichtung einer Planwirtschaft erfordern wird, macht man sich meistens eine übertriebene Vorstellung. Die grösste Umstellung müsste wohl in der Ideologie erfolgen, vor allem bei denen, die immer noch krampfhaft festhalten am liberalen Ideal, trotzdem die Entwicklung eines Jahrhunderts bewiesen hat, dass es undurchführbar ist und dass am Rad je länger je weniger zurückgedreht werden kann. Im Wirtschaftsleben selbst würden sich wahrscheinlich gar keine so einschneidenden Aenderungen ergeben. Die Sphäre, der die Störungen der kapitalistischen Wirtschaft entspringen, also der eigentliche Krisenherd, ist vermutlich bedeutend kleiner, als man gemeinhin annimmt, wenn auch die Krisenwirkungen auf die ganze Wirtschaft ausstrahlen.

Heute schon ist ein ansehnlicher Teil der Wirtschaft gemeinwirtschaftliches Gebiet. Es bestehen zahlreiche Unternehmungen von Staat und Gemeinden, auch solche auf genossenschaftlicher Grundlage, die eine vorsichtige Bedarfsdeckungspolitik betreiben, und die keine primären Krisenherde sind. Daneben gibt es grosse Teile des Gewerbes und der Landwirtschaft, von denen das gleiche gilt. Ich denke insbesondere an jene Betriebe, die für einen stabilen Inlandbedarf produzieren, und bei denen auch keine plötzlichen Umstellungen in der Produktionstechnik erfolgen. Da kann es genügen, die Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände, die bereits bestehen, besser zusammenzufassen und sie zu zentralen Bezugs- und Lieferungsorganisationen auszubauen, die imstande sind, ihren Bedarf und ihre Produktion genau zu ermitteln. Es bestehen ja heute schon Anfänge dazu in den Einkaufs- und Verwertungszentralen in der Landwirtschaft wie im Gewerbe.

Dass die Aenderungen weniger gross sind als man heute vielleicht annimmt, gilt auch von den Unternehmungsformen. Als gemeinwirtschaftliche und planwirtschaftliche Unternehmungsarten anerkennen wir heute staatliche und kommunale Unternehmungen, ob sie nun Eigenbesitz sind, oder ob die Aktienmehrheit bei Staat oder Gemeinde liegt, sowie die Genossenschaften. Es wäre aber meines Erachtens falsch, zu glauben, dass alle andern Unternehmungen in eine Gemeinwirtschaft nur eingegliedert werden können, indem sie in die genannten Formen eingezwängt würden. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass z. B. die Aktiengesellschaft durch Aenderung des Aktienrechtes zu einer gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsform werden kann. Ferner verdient die Idee Rathenaus ernsthafte Prüfung, dass die heutigen privatkapitalistischen Unternehmungen zusammengefasst werden zu Wirtschaftsverbänden oder Selbstverwaltungskörpern, die eben nachher durch die Beschränkung der Rechte, die heute noch das Privatkapital durch seine Vertreter darin ausübt, einen gemeinwirtschaftlichen Charakter erhalten. Die Besitzfrage lasse ich hier absichtlich beiseite, weil sie so oder anders gelöst werden kann, je nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und weil sie für das heutige Thema nicht von Bedeutung ist.

Damit ist auch schon gesagt, dass eine Planwirtschaft auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage gar nicht so eintönig aussehen wird, wie ihre Kritiker glauben, dass es vor allem mit dem Märchen vom Staatssozialismus, der alles in Staatsbetriebe verwandeln will, nichts ist. Diese Vorstellung wird ja in der Hauptsache von denen geweckt, die sie bekämpfen wollen, weil sich gegen eine derartig zurechtgestutzte Popanz am leichtesten Einwendungen machen lassen. Sombart hat zweifellos recht, dass es in der wirtschaftlichen Entwicklungsgeschichte keinen Monismus gibt, d. h. dass auf keiner Stufe der entwickelten Weltwirtschaft sich alles auf eine Formel bringen lässt. Ein neues Wirtschaftssystem wird am leichtesten Eingang finden in neu sich entwickelnden Wirtschaftszweigen. Wie der Kapitalismus zuerst den Handel, dann die Industrie und erst nachher Gewerbe und Landwirtschaft erfasste, so werden die gemeinwirtschaftlichen Formen nicht sofort überall einzudringen vermögen. Allerdings muss eine Wirtschaftsverfassung, die auf einem Gesamtplan beruht, natürlich alles, was für den Markt produziert wird, in ihren Bindungen erfassen, sonst würden Lücken entstehen, die den Plan gefährden können.

Eine planwirtschaftliche Regelung muss auch darauf achten, dass die Planung möglichst organisch aufgebaut ist, d. h. es sollten wenn möglich nicht Unternehmungen oder Organisationen gemeinwirtschaftlicher oder planwirtschaftlicher Natur abhängig sein von solchen, die noch auf kapitalisch-planlosen Prinzipien beruhen; denn dadurch käme ein Unsicherheitsfaktor in

die Planung hinein, der ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Deshalb werden die internationalen Wirtschaftsbeziehungen aller Art (Waren-, Kapital- sowie auch Menschenverkehr) schwere Hindernisse auftürmen und auf jeden Fall in einem nationalen Wirtschafts plan empfindliche Lücken lassen. Auf die Frage, ob überhaupt ein Wirtschaftsplan auf nationaler Grundlage für eine Volkswirtschaft mit enger weltwirtschaftlicher Verflechtung einen Zweck hat und durchführbar ist, werde ich am Schlusse noch eingehen.

Zweck der Planwirtschaft ist die möglichst gute Bedarfsdeckung. Ein ausserordentlich wichtiger Punkt ist die Frage, wie der Bedarf festgestellt werden kann. In der heutigen Wirtschaft ist der Markt, bezw. die Preisbildung auf dem Markt, gewissermassen der Bedarfsregulator. Die Preise drücken das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage aus. Bei richtigem Funktionieren dieser Marktwirtschaft würde sie eine fortwährende Anpassung der Produktion an den Konsum zur Folge haben. Aber eben nur solange die Produktionsumwege sehr klein und wenig zahlreich sind. Schon seit Jahrzehnten funktioniert dieses System nicht mehr, wenn es überhaupt einmal richtig funktioniert hat. Es stellt sich nun die Frage, ob der Markt verschwinden soll in der Planwirtschaft, oder ob ihm auch dort eine Bedeutung zukommen wird.

Vielfach stellt man sich vor, dass die Produktionsregelung nach dem Bedarf einfach durch eine umfassende Wirtschaftsrechnung zu erfolgen habe. Dagegen kann mit Recht eingewendet werden, dass dieses Problem nicht einfach mit der Rechenmaschine zu lösen ist, weil auch die umfassendste Wirtschaftsrechnung vor allem die Veränderungen des Konsums nicht richtig voraus berechnen kann. (Umstellungen des Konsums wird es natürlich geben, wenn die Einkommensregelung freigegeben ist — und sie muss freigegeben werden.) Dieser Mangel bringt jedoch keine Bedrohung der Planwirtschaft. Ihre Aufgabe besteht ja gerade darin, die Produktion so rasch wie möglich und ohne Störungen auf den Konsum abzustimmen. Durch strenge Lagerkontrolle wird es möglich sein, die Konsumveränderungen rasch aufzuspüren. Aber dennoch ist die Gefahr vorhanden, dass die Wirtschaftsrechnung nicht immer unfehlbar funktioniert. Nun kann als zweiter Regulator oder gewissermassen als Sicherheitsventil der Markt beibehalten werden. Die Schwankungen der Preise würden angeben, ob die Wirtschaftsrechnung stimmt oder nicht. Das ist natürlich nur möglich, wenn die Preisbildung nicht völlig starr ist, sondern wenn in einem gewissen, allerdings durch die Zwecke der Planwirtschaft beschränkten Umfang, Konkurrenz herrschen kann. Diese Preisbildung müsste ja nur spielen als Ergänzung. Planwirtschaft und Markt schliessen sich nicht aus. Im Gegenteil, in der Planwirtschaft kann dem Markt wieder seine ursprüngliche Bedeutung gegeben werden, wenn auch nicht dem Umfang, so doch dem Sinne nach. Konsumver-

änderungen, die nicht voraus berechnet werden könnten, würden durch Preisverschiebungen festgestellt und durch Produktionsumstellung korrigiert. So wird der Preis auf natürliche Art, nämlich durch wirkliche Aenderung der Marktlage, beeinflusst, während ein Kartell mit Hilfe seiner Monopolmacht den Preis künstlich hoch hält. Damit ist auch schon gesagt, dass mit dem Markt und der nicht streng gebundenen Preisgestaltung die Geldrechnung beibehalten wird.

Ueberdies ist zu beachten, dass die Wirtschaftsrechnung in der Planwirtschaft sich viel einfacher gestaltet, als heute angenommen wird, weil der Bedarf sich lange nicht mehr so stossweise geltend machen wird.

Aehnlich wie der Preis eine Kontrolle für die Anpassung der Produktion an die Nachfrage ist, würde der Kapitalzins ein Massstab sein für die Dringlichkeit des Kapitalbedarfs und zugleich ein Regulator der Kapitalbildung. Auch der Zins braucht somit nicht zu verschwinden. Wenn er an die Allgemeinheit fliesst, ist auch vom sozialistichen Standpunkt aus nichts dagegen einzuwenden. Die Unternehmungen hätten für das ihnen zur Verfügung gestellte Kapital eine Vergütung zu bezahlen, die gerade zur Kapitalneubildung Verwendung finden könnte. Durch Abstufung des Zinses ist es dann übrigens möglich, einen Einfluss auszuüben auf die Produktion in der Richtung der als dringlich anerkannten Produktion auf Kosten von entbehrlichen Luxuswaren.

Lassen Sie mich nun noch einige Einwände betrachten, die gegen den Gedanken der Planwirtschaft erhoben werden. Der bekannteste Einwand ist der, sie töte die freie Initiative. Er richtet sich sowohl gegen die Gemeinwirtschaft als auch gegen eine Planwirtschaft, die den privaten Kapitalbesitz stehen lässt. Ich behaupte, dass dieser Einwand in dieser allgemeinen Form heute nicht mehr im Ernst erhoben werden kann. Im heutigen kapitalistischen Grossbetrieb sind ja die Funktionen des Leiters und des Kapitalbesitzers schon längst getrennt. Der Wirtschaftsführer ist nur oberster Angestellter, der durch ein hohes Salär und daneben noch durch Gewinnbeteiligung angespornt wird. Es wäre aber eine schwere Verkennung dieser Persönlichkeiten, wollte man annehmen, dass sie nur aus materiellen Interessen sich für ihr Geschäft einsetzen. Gerade bei den wertvollsten Wirtschaftsleitern fällt das Verantwortlichkeitsgefühl und die Freude am Erfolg ebenfalls stark in die Wagschale. Die Gewinnbeteiligung, wie sie etwa in Form der Verwaltungsratstantieme erfolgt, stellt in sehr vielen Fällen überhaupt keine Vergütung für eine Sonderleistung dar, sondern nur die Ausnutzung einer Machtstellung. Das hat ja vornehmlich in Deutschland in manchen Fällen zu einer geradezu skandalösen Ausbeutung von industriellen Unternehmungen geführt.

Anderseits haben wir das Beispiel der öffentlichen Unternehmung. Ist hier wirklich die Initiative erdrosselt worden,

oder sind nicht gerade die Unternehmungen mit Monopolcharakter eine glänzende Ehrenrettung für die Gemeinwirtschaft? Zum Beispiel unsere Bundesbahnen oder die eidgenössische Telephonverwaltung sind Betriebe, die sich mit den entsprechenden Betrieben im Ausland, vor allem den privaten, sehr wohl messen dürfen. Sie zeigen übrigens auch, dass der technische Fortschritt in der Gemeinwirtschaft, auch wenn sie eine Monopolstellung hat, nicht hintangehalten wird. Die erwähnten Staatsbetriebe sind in technischer Beziehung viel besser ausgerüstet als die meisten Bahnen und Telephonbetriebe im Ausland, soweit sie vom Privatkapital betrieben werden.

Ganz ähnlich ist es mit der Wirtschaftlichkeit. Wenn sie in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen nicht mindestens so gross wäre wie in privatkapitalistischen unter gleichen Verhältnissen, so wären jene schon längst an den Pranger gestellt und abgebaut worden.

Würde das gemeinwirtschaftliche Prinzip auf die Gesamtwirtschaft ausgedehnt, so wäre es ausserdem möglich, gewaltige Verlustquellen zu verstopfen, an die man sich heute gar nicht heranwagt. Wenn wir z. B. für zwei Verkehrsmittel, von denen jedes seine grossen Vorzüge hat, nebeneinander mit Milliardenaufwendungen Wege anlegen (Strassen und Eisenbahnen), statt jedes der beiden da zu benutzen, wo es rationeller ist, so kann das nur darum vorkommen, weil wir keine Planwirtschaft haben, weil wir gar nicht planwirtschaftlich zu denken vermögen.

Man wirft ferner der Gemeinwirtschaft vor, sie fördere die Bürokratie. Wiederum möchte ich fragen: Ist die Bürokratie nicht in privatkapitalistischen Grossbetrieben ebenso zu Hause wie in der öffentlichen Wirtschaft? Allerdings muss die Planwirtschaft sich hüten, die Betriebsgrösse zu übersteigern. Auf Grund der Erfahrung der heutigen Wirtschaft wird eine gesunde Dezentralisierung in mittelgrossen Betrieben sowohl die Gefahr der Bürokratie wie auch die von Fehlanlagen verringern und eine raschere Anpassung an den technischen Fortschritt sichern ohne grosse Verluste. Ob nicht Russland, das heute den Grossbetrieb anbetet, später mit schwerer Enttäuschung aus diesem Grössenrausch erwacht, ist für mich noch eine offene Frage; denn dahinter lauert die Gefahr, dass trotz Plan kein organischer Aufbau erfolgt. Ohne ständige sorgfältigste Investitionskontrolle ist eine Planwirtschaft nicht denkbar. Nun will ich nicht bestreiten, dass die Konsumveränderungen nicht genau im voraus berechnet werden können. Planwirtschaft bedeutet aber nicht genaue Vorausberechnung des wirtschaftlichen Bedarfs, sondern sie will möglichst rasche und störungslose Anpassung an die Veränderungen, die vorkommen werden. Je elastischer die Planwirtschaft in technischer und kaufmännischer Beziehung aufgebaut ist, um so rascher kann sie sich bei nötig werdenden Umstellungen anpassen. Deshalb muss auch den

untern Organen eine gewisse Autonomie gewährt werden. Auf Methoden des Zusammenarbeitens der verschiedenen Instanzen kann ich zeithalber nicht eintreten. Der englische Gildensozialismus hat darüber sehr beachtenswerte Vorschläge gemacht.

Ich wies schon darauf hin, welch enorme Verlustquelle die Wirtschaft von heute aufweist, indem sie noch fast neue Anlagen durch den sich überstürzenden technischen Fortschritt entwertet und abschreiben muss. Die planmässig geleitete Wirtschaft wird sorgfältig abwägen müssen, ob nicht die Einführung von neuen Maschinen infolge der Entwertung vorhandener Anlagen teurer zu stehen kommt, als der einstweilige Verzicht auf die Neuerung. In der heutigen Konkurrenzwirtschaft dagegen macht jede neue Maschine die rückständigere zu Alteisen.

Während ich bisher das Problem von prinzipiellen Gesichtspunkten aus beleuchtete, möchte ich zum Schluss noch auf die Frage eingehen: Besteht heute oder in absehbarer Zeit die Möglichkeit der planmässigen Lenkung der Wirtschaft?

Ein umfassender Wirtschaftsplan müsste sich selbstverständlich auf die ganze Weltwirtschaft erstrecken. Daran ist aber heute nicht zu denken, in einer Zeit, wo eine internationale Regelung selbst der primitivsten Wirtschaftsfragen scheitert. So sehr alle Massnahmen gegen die Krise internationalen Charakter haben sollten, so muss man doch den Mut haben, zu erklären, dass alle solchen Pläne zur Zeit Illusionen sind.

Wirklich durchführbar sind heute nur nationale Massnahmen und hier hat die harte Wirklichkeit unsere Behörden bereits zu planwirtschaftlichen Massnahmen gezwungen, die noch vor kurzem als ganz unmöglich betrachtet worden sind. Nun erwähnte ich schon, dass Kontingentierung, Kompensationsverkehr, Devisenvorschriften, so radikale Mittel der Handelspolitik sie sind, nur einen kleinen planwirtschaftlichen Schritt darstellen. Sie beschränken sich auf den Zweck, die Kaufkraft des Inlandes auf dem Weltmarkt auszunutzen zur Förderung des Exports. Weiter schon geht die Aufgabe etwa der Butterzentrale, die die Umstellung von der Käseproduktion auf Buttererzeugung zu fördern hat, also eine milchwirtschaftliche Planwirtschaft. Es wären noch das Hotelbauverbot, die Zwangskartellierung der Uhrenindustrie und einige ähnliche Massnahmen zu nennen. Daneben geschehen aber noch Dinge, die besonders in der Zeit der Krise als heller Unsinn bezeichnet werden müssen. Wenn einer, der ein gut eingerichtetes Haus besitzt, einen Neubau erstellt und das alte Haus leer stehen lässt, was würde man von ihm halten? Geschieht aber nicht genau dasselbe, wenn eine neue Schuhfabrik gebaut wird, während bestehende Schuhfabriken stillgelegt werden, oder wenn das gleiche in der Zementindustruie geschieht? Und bedeutet es nicht das gleiche, wenn im Handel immer wieder

neue Betriebe auftauchen, die die bisherigen niederkonkurrenzieren, bis sie selbst einem noch neueren und noch gerisseneren Betrieb zum Opfer fallen?

Wahrhaftig, es gäbe in unserem kleinen Land massenhaft Aufgaben für ein wirklich planwirtschaftliches Eingreifen, und man sollte glauben, die Lage sei ernst genug, um alle Kräfte zu sammeln für eine planmässige Krisenbekämpfung: Die Rettung des Baumarktes vor dem Zusammenbruch, die Sicherung einer halbwegs normalen Beschäftigung für die wichtigsten Inlandindustrien und -gewerbe sowie die Landwirtschaft, die Ausnützung der gesamten Einfuhr- und eventuell der Kapitalausfuhr (soweit eine solche heute in Frage kommt) zur Exportsteigerung. Das wären die gegenwärtigen Aufgaben, die auf nationalem Boden lösbar sind. Sie können und müssen gelöst werden bei williger Mitarbeit der Wirtschaftsverbände und Behörden; auch die Mittel dazu fehlen nicht in dem reichsten Lande der Welt. Das wäre freilich noch keine Aenderung des Wirtschaftssystems, sondern Notplanung zur Abwehr der Krise. Man hat während des Krieges alle wirtschaftlichen Kräfte des Landes zusammengefasst zur Sicherung der Existenz. Warum sollte das heute nicht auch geschehen, wo uns in der Schweiz materielle Verluste bedrohen, die noch viel grösser sind als jene, die der Krieg für uns mit sich brachte?

Allerdings müsste das liberale Prinzip dabei geopfert werden. Es ist ja schon längst nur noch eine Fiktion, und schliesslich denke ich von unseren Industrieführern höher, als dass ich ihnen zutrauen würde, sie würden lieber ihre Unternehmungen in der Krise zusammenbrechen lassen, um dabei sagen zu können, das Prinzip sei gerettet.

Die Wirtschaft des Kapitalismus steht an einem Wendepunkt, jedenfalls in einer Epoche der Umstellung. Entweder hält sie fest an der individuellen freien Verfügungsgewalt über das Kapital — dann werden weitere Krisen die Wirtschaft erschüttern, die jeden Fortschritt wieder zunichte machen und eine Verbesserung der Existenzbedingungen verunmöglichen. Oder es werden die schon vorhandenen Ansätze zu einer organisierten Wirtschaft ausgebaut zu einer Planwirtschaft, vorläufig auf nationaler Grundlage, die aber möglichst bald über die Landesgrenzen hinaus erstreckt werden muss. Ob und wie lange die Menschen eine Wirtschaftsverfassung ertragen, die ihnen keine sichere Existenz bietet, und die ihnen trotz aller Anstrengungen und trotz aller Fortschritte in technischer und einzelwirtschaftlicher Beziehung keine dauernde Hebung des Lebensstandards bringen kann, diese Frage wird in Zukunft entscheiden.

Wir leben im Zeitalter einer sich übersteigernden Rationalisierung. Aber alle bisherige Rationalisierung beschränkt sich auf Betrieb und Unternehmung oder allenfalls noch auf Kartell oder Konzern. Die allerwichtigste Aufgabe der Rationali-

sierung wäre es aber, die überbetrieblichen Beziehungen in Volks- und Weltwirtschaft zum Objekt einer vernunftgemässen Wirtschaftsführung zu machen. Sie sind heute noch ein Chaos, das die Betriebsrationalisierung gar nicht zur Auswirkung kommen, sondern sie vielmehr in Wirtschaftskatastrophen ausmünden lässt, wie wir gegenwärtig eine erleben. Zweifeln daran, dass der Mensch die Wirtschaft organisieren kann zur Beseitigung der Krisen, das hiesse, dem Menschen überhaupt die Fähigkeiten abzusprechen, vernunftgemäss zu wirtschaften. Denn eine solche planmässige Wirtschaftsorganisation bedeutet erst den Schlussstein der Rationalisierung. Sie wird überhaupt erst ermöglichen, dass alle Verbesserungen der Technik und der Organisation wirklich verwertet werden und für die Gesamtheit Nutzen bringen. Diese Planwirtschaft wird aber auch den Menschen, der heute der Sklave der Wirtschaft und des Gewinnstrebens ist, wieder lehren, die Wirtschaft zu beherrschen und zu einem Mittel für die Deckung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse zu machen.

Schweizerische Unfallversicherungsanstalt.

Von Martin Meister.

Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern war im verflossenen Jahr vielfach Gegenstand öffentlicher Kritik. Besonders in jüngster Zeit sind in Unternehmerkreisen wiederholt Stimmen laut geworden, die darauf hintendieren, statt die Leistungen der Versicherung auszubauen, eine Reduktion der Prämienzahlungen an die « Suval » herbeizuführen. Dabei waren viele dieser Auslassungen von keinerlei Sachkenntnis getrübt, sondern die Kritiker liessen sich lediglich von dem Gedanken leiten, einen Teil der sich für ihre Betriebe durch die Prämienzahlung ergebende Belastung von sich abzuwälzen, unbekümmert darum, welche Folgen für die Versicherungsanstalt und die Versicherten daraus entstehen würden. Die Tatsache, dass, abgesehen von der Einlage in den ordentlichen Reservefonds, der gesamte Ueberschuss wiederum an die Prämienzahler zurückfliesst, wird gerne verschwiegen, da diese Ueberschüsse ganz ansehnliche Beträge ausmachen. Es wurden seit dem Bestehen der Anstalt schon sechsmal Prämienrückvergütungen an die Arbeitgeber ausgerichtet, die sich im ganzen auf 23,257,151 Franken belaufen. Die Anstalt hat keine Aktionäre, denen Dividenden zu zahlen sind. Sie richtet auch keine Tantiemen oder Gewinnanteile an die Mitglieder des Verwaltungsrates oder der Direktion aus. Die Anstalt legt jährlich in aller Oeffentlichkeit über ihr gesamtes Rechnungsgebaren Rechenschaft ab durch die Herausgabe eines ausführlichen Jahresberichtes. Jeder einzelne